

Mai 2025
Das VPOD-Magazin erscheint 8-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



Im gläsernen Heim

Wie die Pandemie das Homeoffice verändert hat – mit grosser Bildergalerie
Der VPOD nach dem Rücktritt der Generalsekretärin – eine Übersicht

STETS ZU IHREN DIENSTEN.

DANK MODERNSTER TECHNOLOGIE UND KI
VERSTEHEN UNSERE FAHRZEUGE NICHT NUR IHRE BEDÜRFNISSE,
SIE ANTIZIPIEREN SOGAR IHRE WÜNSCHE.

FÜR IHR GANZ PERSÖNLICHES ERLEBNIS.

BECAUSE IT'S MERCEDES-BENZ.



Mercedes-Benz



Themen des Monats

- 5 Schritte nach Europa**
Bilaterale III: SGB zufrieden mit Lohnschutzpaket –
Endbeurteilung nach Parlamentsberatung
- 6–7 Clash der Perspektiven**
Der Rücktritt von Generalsekretärin Natascha Wey hat
verbandsintern einen Prozess angestossen
- 9 Christiane Brunner gestorben**
Erinnerungen an eine grosse Gewerkschafterin,
der der VPOD viel verdankt
- 11–17 Dossier: Homeoffice (nach Corona)**
Den Ökonomen Michael Beckmann
hat die Pandemie-Erfahrung gegenüber
Remote Work eher skeptisch gemacht

Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 8 Antonia W. Fleischmann:** Die Kratzbürste im System
- 10 Aus den Regionen und Sektionen**
- 18 Wirtschaftslektion:** Zölle helfen der US-Industrie nicht
- 19 Wettbewerb:** Bundeskinder
- 20 VPOD aktuell**
- 21 Hier half der VPOD:** Eine Synkope und die Folgen
- 22 Solidar Suisse:** Verbaute Zukunft
- 23 Menschen im VPOD:** Silvia Burkhalter, Leiterin Betrieb und
Technik der Schulanlagen Matte und Kirchenfeld, Bern

Redaktion/Administration:

Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Nr. 3, Mai 2025
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 8-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Dienstjubiläumsgedanken

Am 1. April habe ich bei guter Gesundheit mein 20-jähriges Dienstjubiläum beim VPOD feiern können. Kein Scherz! Kein Scherz aber auch, dass es in diesen zwei Jahrzehnten schon leichtere Zeiten gegeben hat als die gegenwärtigen. Und leichtere Editorials zu schreiben. Denn der VPOD wird spätestens seit der Rücktrittsanündigung der Generalsekretärin von starken Konflikten erschüttert. Und in irgendeiner Form wird man sich auch als Redaktor dieser Zeitschrift dazu verhalten müssen. Und etwas dazu schreiben. Auch wenn's wehtut. Anderen. Oder einem selbst.

20 Jahre sind eine lange Zeit. Und doch nur eine kurze Spanne innerhalb der Geschichte des VPOD. Die lokalen Ursprünge unseres Verbandes reichen ins 19. Jahrhundert zurück. Seit 1924 – also mehr als 100 Jahre – gilt der heutige Name: *Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste*. Keine andere grosse Gewerkschaft der Schweiz kann auf eine solche Kontinuität zurückblicken. (Dass ein O statt ein Ö in der Abkürzung steht, dürfte mit den Möglichkeiten der damaligen Deutschschweizer Schreibmaschinentastatur zusammenhängen, der ein grosses Ö nicht zu entlocken war.)

Selbstverständlich ist eine solche Geschichte reich an Auseinandersetzungen, auch an internen. Schwierig war die Zwischenkriegszeit, nachdem sich die Arbeiterparteien gespalten hatten. Nach 1945 sandte der Kalte Krieg Wellen von Verdächtigung und Hetze auch in den VPOD hinein. Das Frauenstimmrecht, obwohl von der Verbandsspitze propagiert, war an der Basis keineswegs unumstritten. Und auch die Ausländerpolitik gab – etwa anhand der Schwarzenbach-Initiativen – Anlass zu Missklängen.

In «meiner» Zeit verliefen viele Konfliktlinien dem Röstigraben entlang. Alain Bersets «Altersvorsorge 2020» war so ein Spaltpilz. Die VPOD-Delegiertenversammlung votierte im Frühling 2017 nur knapp, mit 22 zu 19 Stimmen, für die Vorlage; in der Westschweiz wurde sie auch danach noch aus dem VPOD heraus bekämpft, wegen der damit verbundenen Opferung eines Frauenrentenaltersjahrs (das inzwischen trotz Ablehnung des Pakets verloren ging). Auch in den aktuellen Auseinandersetzungen ist eine nach Sprachregion stark unterschiedliche Wahrnehmung feststellbar.

Zu Recht erwarten die Mitglieder, auch in ihrem Verbandsblatt Informationen dazu zu finden, nicht nur in der «bürgerlichen Presse». Das hat man ja vor Urzeiten in einer Kommunikations-Weiterbildung so gelernt: dass man auch Unerfreuliches besser ungefragt anspricht. Und dass jeder Versuch der Schönfärberei oder Vernebelung eher das Gegenteil bewirkt. Nun denn: Seiten 6/7.



Volle Kanne: Die Bauarbeiter fordern eine bezahlte Znünpause.

Leere Tische: Elvetino hat dem Personal die Prämien gestrichen.



gung für die Znünpause und für Reisezeit (und zwar nicht erst ab 30 Minuten). Der Kaufkraftverlust müsse mit einer «anständigen Lohnerhöhung» aufgefangen werden, so Unia und Syna. | unia

Nein zur Abschaffung des Eigenmietwerts

In der zweiten Jahreshälfte wird über die Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung abgestimmt. Der SGB hat bereits die Nein-Parole gefasst: Die Streichung des Steuerinstrumentes bringt eine Bevorzugung der Minderheit mit Wohneigentum gegenüber den Mieterinnen und Mietern. Der Immobilienmarkt würde weiter angeheizt; gleichzeitig entfielen der Anreiz für Eigentümerinnen, aus zu gross gewordenen Wohnungen auszuziehen. Wenn der Unterhaltskostenabzug entfällt, dürfte das der Schwarzarbeit Vorschub leisten. Und schliesslich sind Steuerausfälle in der Grössenordnung von 1,7 Milliarden Franken zu erwarten. | sgb

AHV: Solide Mischfinanzierung

Der SGB begrüsst die klaren Entscheide der ständerätlichen Sozialkommission für eine solide Finanzierung der 13. AHV-Rente. Der unfaire Vorschlag des Bundesrats wurde korrigiert: der Kürzung des Bundesbeitrags an die AHV hat die Kommission eine deutliche Absage erteilt. Das ist wichtig. Denn über den Bundesbeitrag beteiligen sich auch die Dividendenempfänger und der Finanzsektor an der AHV. Und die angedachte solide und kaufkraftschonende Mischfinanzierung in Etappen ist einer einseitigen Erhöhung der Mehrwertsteuer auf jeden Fall vorzuziehen. | sgb

Kantonale Mindestlöhne müssen bleiben

Verkehrte Welt: Die sonst so föderalistischen Bürgerlichen wollen eine zentrale Regelung, die Gewerkschaften halten am Primat kantonaler Politik fest. Es geht um die kantonalen Mindestlöhne, die durch einen Entscheid der Wirtschaftskommission des Nationalrats in Gefahr sind. Der Gesetzesentwurf sieht vor, allgemeinverbindliche GAV über kantonales Recht zu stellen und damit in die kantonale Zuständigkeit für Sozialpolitik, insbesondere die Festlegung von Mindestlöhnen, einzugreifen. Ein allgemeinverbindlicher GAV hätte Vorrang vor kantonalen GAV, kantonalen Gesetzen und sogar Kantonsverfassungen. Volksentscheide zugunsten kantonaler Mindestlöhne – es gibt sie im Jura, in Neuenburg, Genf, im Tessin und in Basel-Stadt – würden ausgehebelt. «Das Plenum des Nationalrats muss jetzt diese gefährliche Übung abbrechen», fordert der SGB. Sonst drohten Lohnsenkungen für tausende Arbeitnehmende in Tieflohnbranchen. | slt/sgb

Elvetino: Ersatz für Prämiensystem gefordert

Nach der Entscheidung von Elvetino, das bestehende Prämiensystem für Verkaufsumsatz abrupt und ersatzlos zu beenden, hat die Gewerkschaft SEV dem SBB-Gastronomieunternehmen eine Petition mit rund 200 Unterschriften von Beschäftigten überreicht. Damit wird Elvetino aufgefordert, das bisherige System bis zur Einführung einer neuen Regelung beizubehalten sowie die den Mitarbeitenden vorenthaltenen Prämien umgehend und rückwirkend auszuzahlen. Die Behauptung, dass die Abrechnung zu kompliziert sei, ist für den SEV nicht nachvollziehbar; für die Beschäftigten im Geringverdienersegment zählt jeder Rappen – auch die rund 30 Franken Zusatzlohn, die sich im Schnitt aus der Prämie ergaben. Rund 16 000 Franken spart Elvetino durch die Abschaffung ein; der allfällig ohne Prämien sinkende Umsatz ist darin nicht kalkuliert. | sev/slt (Foto: Kecko/flickr CC)

Bauhauptgewerbe: 8 Stunden sind genug

Dieses Jahr läuft der Landesmantelvertrag (LMV) des Bauhauptgewerbes aus; für die Neuverhandlung haben die Bauarbeiter via ihre Gewerkschaften Unia und Syna klare Ansagen gemacht. Insbesondere wollen sie mit dem Slogan «8 Stunden sind genug» den überlangen Arbeitstagen ein Ende bereiten, die nicht nur das Familienleben beeinträchtigen, sondern nachweislich die Unfallgefahr erhöhen. Ausserdem verlangen sie eine Entschädi-

Bilaterale III: SGB zufrieden mit Lohnschutzpaket – Endbeurteilung nach Parlamentsberatung

Schritte nach Europa

Der SGB sieht das Lohnschutzpaket positiv, das die in den EU-Verhandlungen nicht erreichten Lohnschutzmassnahmen innenpolitisch sichern soll. Die abschliessende Beurteilung erfolgt nach den parlamentarischen Beratungen. | Text: VPOD und SGB (Bild: empire331/iStock)

Der SGB hat sich in den letzten Wochen dafür eingesetzt, dass die Verschlechterungen, die das EU-Abkommen für die Arbeitnehmenden in der Schweiz bringt, innenpolitisch aufgefangen werden. Das jetzt verhandelte Lohnschutzpaket gleicht die drohenden Rückschritte aus. Der SGB begrüsst daher auch die Zustimmung des Bundesrates zu diesem Sozialpartner-Kompromiss. Eine definitive Beurteilung kann indes erst erfolgen, wenn die parlamentarischen Beratungen abgeschlossen sind.

Prävention gestärkt

Das EU-Abkommen schwächt den Lohnschutz und erleichtert den Marktzugang für zwielichtige und halbkriminelle Firmen. Die Schweiz ist als Zielland mitten in Europa extrem attraktiv. Ohne Lohnschutz können Firmen Schweizer Preise verlangen und ausländische Löhne zahlen. Auch Subunternehmerstrukturen und ähnliche Entwicklungen höhlen die GAV-Basis aus und erleichtern Lohndumping.

Die sozialpartnerschaftlich ausgehandelten Massnahmen stärken die Prävention, indem Aufträge künftig wesentlich häufiger an korrekte Firmen vergeben werden. Bei öffentlichen Aufträgen muss vorab in

einer Datenbank nachgeschaut werden, ob die ins Auge gefasste Firma bereits gegen die Schweizer Arbeitsbedingungen verstossen hat. Auch Private können die Quelle nutzen, und sie werden das tun. Denn Unternehmen an der Spitze einer Subunternehmerkette müssen neu auch allfällige Bussen ihrer Subunternehmen zahlen, wenn deren Löhne nicht korrekt sind.

Korrigiert wird auch die schlechte Spesenregelung in der EU. Wenn beispielsweise eine Firma aus Polen in der Schweiz tätig wird, muss sie ihren Leuten die Übernachtung lediglich nach polnischen Ansätzen begleichen, mit denen man in der Schweiz nirgends hinkommt. Teil des Lohnschutzpakets ist jetzt ein Gesetz, das unmissverständlich regelt, dass in der Schweiz Schweizer Spesen zu berappen sind. Auch ein anderes Element, das beim gescheiterten Rahmenvertrag grosse Sorgen verursachte, ist zufriedenstellend gelöst:



Das weiss jedes Kind: Die Schweiz liegt mitten in Europa.

Zwar wird die Voranmeldefrist für ausländische Firmen, die in Risikobranchen tätig werden wollen, tatsächlich verkürzt, nämlich von 8 Kalendertagen auf 4 Arbeitstage, also faktisch um 2 Tage. Die Zeit wird wieder aufgeholt, weil die Meldungen künftig direkt an die Kontrollorgane gehen, die dann sofort tätig werden können, ohne den bisherigen Umweg über die Kantone.

Zeitgemässere Quoren

Bei der Ausweitung von Gesamtarbeitsverträgen auf ganze Branchen (Allgemeinverbindlicherklärung) gibt es eine Anpassung der völlig veralteten Anforderungen aus dem Jahr 1956, als der Schweizer Arbeitsmarkt weitgehend geschlossen war. Der SGB bedauert allerdings, dass die zeitgemässeren Quoren nur für bestehende Gesamtarbeitsverträge gelten. Nicht vollständig zufrieden ist man damit, wie der Kündigungsschutz für gewählte Personalvertretungen geregelt ist. Zwar gibt es in dieser Frage Verbesserungen, aber diese decken nicht alle betroffenen Gruppen ab.

US-Zölle: Keine Panik

Mit dem Hüst und Hott ihrer Zollpolitik befeuert die US-Regierung die Unsicherheit an den Börsen und im gesamten Welthandel. Der SGB sieht neue Handelshemmnisse grundsätzlich als störend an, warnt aber vor Dramatisierung und Eskalationsspiralen. Es brauche jetzt eine kluge und aktive Aussenhandelsstrategie, um die Interessen der Schweizer Bevölkerung und der hiesigen Ar-

beitnehmenden zu schützen. Auch wenn die weitere Entwicklung vollkommen unklar ist: Die Marktstellung vieler Schweizer Unternehmen sei stark, und ein Grossteil allfälliger Zusatzkosten werde sich überwälzen lassen, so der SGB. Auch die Schweizerische Nationalbank vermöge eine Rolle zu spielen, indem sie den Franken je nach Stand der Dinge abwerten lässt. | vpod

Die Rücktrittsankündigung der VPOD-Generalsekretärin Natascha Wey hat verbandsintern einen Prozess angestossen

Clash der Perspektiven

Als Folge des Rücktritts von Natascha Wey haben sich im VPOD bestehende Konfliktlinien akzentuiert.

Das VPOD-Magazin versucht unter Berücksichtigung des Persönlichkeitsschutzes und des Verbandsinteresses eine wahrheitsgetreue Darstellung der Ereignisse. | Text: Christoph Schlatter (Fotos: Eric Roset)

2014 stiess Natascha Wey, eine profilierte SP-Frau und Feministin, als Zentralsekretärin zum VPOD. 2022 wurde sie an einer Delegiertenversammlung als Nachfolgerin von Stefan Giger zur Generalsekretärin gewählt, im Folgejahr am Kongress einstimmig bestätigt. Jetzt verlässt Natascha Wey ihren Posten. Dem Landesvorstand teilte sie ihre Entscheidung an der März-Sitzung mit. Gemäss Communiqué geht Natascha Wey wegen der ausserordentlichen Belastungen der letzten Jahre, als deren Folge sie nicht ausreichend Energie und Engagement besitze für die weitere Umsetzung einer Neuausrichtung des Verbandes. Christian Dandrès, seit Ende 2023 VPOD-Präsident, und der Landesvorstand äusserten öffentlich Bedauern.

Weitere Abgänge treffen ebenfalls das Zentralsekretariat Zürich. Viviane Hösl hat den VPOD bereits verlassen. Sie betreute als Zentralsekretärin ab Frühjahr 2023 das Dossier Gesundheit. Zuvor hatte sie seit 2019 erfolgreich das VPOD-Regionalsekretariat Zentralschweiz geleitet. Als Administrativkraft

Der Landesvorstand, wie er am Kongress 2023 gewählt wurde, mit dem neuen Präsidenten Christian Dandrès (ganz links). Cora Antonioli (3. v. l.) ist inzwischen durch Valentine Fueter Ohanessian ersetzt.



war Tanja Lantz 2013 zum Team gestossen, zuständig für Kurse und Werbematerialien. Sie hat den VPOD ins digitale Zeitalter geschubst und neue Formate für den Gewerkschaftsaufbau entwickelt. Erst am Kongress 2023 zur Zentralsekretärin gewählt, hat auch Tanja Lantz – bereits im Dezember per Mitte 2025 – ihre Kündigung eingereicht.

Sprachregionale Spezifika

Hans Oprecht war 16 Jahre geschäftsleitender Sekretär beim VPOD, seine Nachfolger Max Arnold und Walter Renschler wirkten 27 bzw. 20 Jahre. Doris Schüepp hatte das Amt der Generalsekretärin 13 Jahre – und als erste nicht bis zur Pensionierung – inne, Stefan Giger blieb 15 Jahre. Angesichts dieser Zeitspannen wirft der Rückzug der Generalsekretärin nach sehr viel kürzerer Zeit Fragen auf. Lässt er sich mit der Kurzatmigkeit heutiger Karriereverläufe erklären? Die genannten Spezialbelastungen beziehen sich offenkundig auf die Kampagne gegen die Revision der Krankenversicherung (EFAS), die der VPOD allein gestartet hatte und in welcher er lange die Hauptlast trug. Dieses Referendum war ein schweres Stück Arbeit; es hat zugleich alte Konfliktlinien innerhalb des VPOD – namentlich den Röstigraben – aktiviert.

Nicht nur, dass der VPOD in der Romandie einen deutlich anderen – kämpferischeren, linkeren, lautereren – Charakter hat als in der Deutschschweiz. Auch die beiden Zentralsekretariate haben verschiedene Gesichter: Während in Lausanne Bewegungsführung und Agitation im Vordergrund stehen, nimmt das Zentralsekretariat Zürich auch die strukturerhaltenden Funktionen im Verband wahr, also etwa Mitgliederadministration, Finanzen,

Personalwesen. Konträr war auch die Bewertung der EFAS-Vorlage in den Landesteilen, nicht nur innerhalb des VPOD. Die Landkarte, die das Abstimmungsergebnis vom 24. November nach Gemeinden darstellt, ist überdeutlich: Die Front verläuft auch in den zweisprachigen Kantonen mit der Sprachgrenze. Gesamtschweizerisch resultierten 46,7 Prozent Nein. Fast die ganze Deutschschweiz (mit Ausnahme von Bern auch die grossen Städte) stimmte zu, während die Westschweiz nahezu flächendeckend im Nein lag.

«Frauengewerkschaft» VPOD?

Interessanterweise eskaliert der Konflikt im VPOD bei der Nachbereitung. Die Narrative, die sich in den Landesteilen entwickelt haben, sind diametral entgegengesetzt. Die Westschweizer Perspektive: Wir haben uns beim EFAS-Referendum enorm verausgabt und hätten vielleicht sogar die Abstimmung gewonnen, wenn man sich jenseits der Saane etwas mehr ins Zeug gelegt hätte. In der Deutschschweiz, wo EFAS auch innerhalb der Linken kontrovers diskutiert wurde, sieht man eher einen Kampf gegen Windmühlen, jedenfalls einen Verschleiss von menschlichen und finanziellen Ressourcen in einer nicht gewinnbaren Schlacht.

In der Landesvorstandssitzung vom Januar 2025 prallen die Sichtweisen hart aufeinander. Danach kommt die Rücktrittsankündigung von Natascha Wey. Der Aspekt, dass es damit nun drei (zumindest für VPOD-Verhältnisse) jüngere Frauen sind, die der «Frauengewerkschaft» VPOD den Rücken kehren, wird vielerorts negativ registriert. Am 18. März schreiben die Regionen Aargau/Solothurn, Bern, Bern Städte Gemeinden Energie, Luftverkehr, Schaffhausen und Zürich sowie die Sektionen Zug und Luzern an den Landesvorstand. In ihrem



Die Zentralsekretärinnen und Zentralsekretäre nach der Wahl am Kongress 2023; Tanja Lantz (2. v.l.), Viviane Höfli (3. v.l.) und Natascha Wey (ganz rechts) verlassen den VPOD.

Brief drücken sie ihre Besorgnis über die Geschehnisse im Zentralsekretariat und «die vorherrschende Führungskultur des Präsidenten» aus. Sie nähmen nicht wahr, dass dieser seine statutarische Aufgabe – die Sorge für den nationalen Zusammenhalt – erfülle. «In Anbetracht der Umstände sehen wir die Notwendigkeit von organisatorischen und personellen Veränderungen», heisst es.

Es kommt zu einem Treffen einer Deutschschweizer Delegation mit dem – uneinheitlich positionierten – Landesvorstand, bei dem die anwesenden Regionen, im Wesentlichen die Verfasserinnen des Briefs, bekräftigen, dass ihr Vertrauen speziell in den Präsidenten erschüttert ist. Gefordert wird unter anderem eine externe Untersuchung der jüngsten Vorgänge. Umgehend reagiert ein Grossteil der VPOD-Profis und -Präsidenten der Westschweiz mit einem Gegenbrief, in dem sie dem Präsidenten «volles Vertrauen und unsere Solidarität» zusichern; «autoritären Haltungen und Praktiken» sei man nie begegnet. Auch sie werden vom Landesvorstand angehört.

Wiederum stehen sich zwei Perspektiven gegenüber. In der Romandie geht man fast unisono von einer gezielten Kampagne aus, welche in der Deutschschweiz ohne Anlass und unter Instrumentalisierung der «bürgerlichen Presse» losgetreten worden sei. Der Präsident besitze vom Kongress das Mandat für ein «kämpferisches Projekt»; dieses setze er um. Die mehrheitliche Sicht in der Deutschschweiz ist dagegen: Die Medienberichterstattung geht auf ein bedauerliches Leck zurück, aber des Pudels Kern liegt woanders. Das Unbehagen resultiert aus einem als inadäquat empfundenen Umgang mit verbandsinterner Kritik. Auch hier beruft man sich auf Kongressbeschlüsse, nämlich auf die Aufbaustrategie, die eine verstärkte Präsenz des VPOD in den Betrieben vorsieht, wofür gerade die «politische» EFAS-Kampagne hinderlich gewesen sei.

Runder Tisch soll Weg zeigen

Gemäss Ankündigung will die Generalsekretärin noch bis Ende Jahr für einen geordneten Übergang zur Verfügung stehen. Auch um dem Machtvakuum zu begegnen, wurde eine Taskforce eingesetzt mit Präsident und Vizepräsidentin, Angehörigen der beiden Zentralsekretariate sowie externer Beraterin. Für Mitte Mai ist ein Runder Tisch vorgesehen, an dem Delegationen aus der Deutschschweiz und der Romandie ihre Sicht darstellen sollen. Ziel sei, «eine Minimallösung zu definieren, um in eine Art Modus Vivendi zu kommen – trotz Meinungsverschiedenheiten». Erkenntnisse aus dem Runden Tisch, der von alt SEV-Präsident Giorgio Tuti moderiert wird, sollen der Delegiertenversammlung am 21. Juni zur Kenntnisnahme und Diskussion vorgelegt werden.

**Alles mitzukriegen,
was im Kanton Zürich
politisch und kulturell
passiert, ist schwierig.**

Aber vieles steht im P.S.

www.pszeitung.ch/abo

p.s.
DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG



Sozialpartnerschaft braucht Kündigungsschutz

Im zähen Dossier «Kündigungsschutz für gewählte Arbeitnehmervertretungen» gibt es Bewegung. Der Bundesrat hat als Teil des Massnahmenpakets zur Abfederung der Bilateralen III (siehe Seite 5) auch für diesen Punkt Verbesserungen beschlossen. Bevor gekündigt werden kann, muss die Firma mit den betroffenen Arbeitnehmenden während 2 Monaten eine andere Stelle suchen. Tut sie das nicht, ist die Kündigung ungültig. Wenn der Fall dann trotzdem vor dem Gericht landet, gibt es eine Busse von bis zu 10 Monatslöhnen. Betroffen von der Regelung sind gewählte Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter und Mitglieder von Organen der Personalvorsorge, deren Verhandlungsposition damit gestärkt wird. Auf diese Weise wird auch der Sündenfall mindestens teilweise korrigiert, den das Bundesgerichtsurteil im Fall des geschassten *Tages-Anzeiger*-Redaktors und -Personalkommissionspräsidenten Daniel Suter darstellte. Mit der Zulassung wirtschaftlicher Motive für die Entlassung Suters waren die Arbeitnehmerrechte faktisch gestrichen. Die Verbesserung ist noch nicht in trockenen Tüchern – die Behandlung durch das Parlament steht noch an. | [vpod/sgb](#) (Foto: Andrii Yalanskyi/iStock)



Antonia W. Fleischmann Die Kratzbürste im System

1 Der Weltgeist ist krank

Alles geht zum Teufel. Nur gehen manche zu Fuss, während andere das Taxi nehmen. Ich gehöre definitiv zur zweiten Gattung. Mein Name ist Antonia W. Fleischmann. Ich bin Dichterin. Vermutlich haben Sie meine Bücher im Lyrikregal übersehen. Vermutlich wissen Sie gar nicht, dass es ein Lyrikregal gibt. Egal. Der einzige Grund, warum ich diese Kolumne schreibe, ist Geld. Alle Menschen brauchen Geld. Und Menschen, die Lyrik schreiben, ganz besonders. Früher habe ich für ein Boulevardmagazin eine Erotikkolumne verfasst. Sie hiess «Knistern mit Erika». Fragen Sie mich bitte nicht, wer Erika ist.

Eines Tages wurde ich gefeuert, da ich angefangen hatte, die Leser zu beleidigen. Tatsächlich habe ich ihnen einfach nur die Wahrheit gesagt: dass sie sterben werden. Ein Umstand, den heute kaum noch einer akzeptieren kann. Früher war man froh, wenn man seinen vierzigsten Geburtstag noch erleben durfte. Heute fühlt man sich betrogen, wenn man nicht mindestens neunzig wird. Dabei ist der Tod im Vergleich zum Leben eine absolute Nebensächlichlichkeit. Und doch verlieren wir uns gerade in lauter solchen Nebensächlichkeiten. Das ist wie mit Schlafen. Es vergeht kein Tag, da ich nicht irgendwo einen Artikel darüber lese, dass die Menschheit nicht mehr schlafen kann. Ich schlafe seit vierzig Jahren nicht mehr, und hat es mir geschadet? Nun gut. Niemand will mehr sterben. Aber es will auch niemand mehr so richtig leben. Alle verschanzen sich hinter ihrem Laptop und warten, bis die Welt endlich untergegangen ist. Dabei sah es vor wenigen Jahren noch so gut aus. Nach 2000 Jahren Stillstand schien sich endlich etwas



Antonia W. Fleischmann ist eine Figur des Schriftstellers Lukas Linder. Er lebt in Polen und in der Schweiz.

zu bewegen: Frauen kamen an die Macht, Männer kamen ins Gefängnis, die Landfrauenküche kam im Fernsehen. Hegels Weltgeist lief zur Bestform auf. Und dann brach die Pandemie aus. Der Weltgeist erkrankte an Corona, und die Männer kamen vom Gefängnis direkt an die Macht. Und plötzlich hat sich unser Leben in Trash-TV verwandelt, in dem wir uns zu Zuschauern einer Daily-Soap mit Donald, Elon und den anderen Pappnasen degradiert sehen. Macht das Spass? Ist das ein würdevolles Leben? Die allgemeine Weltstimmungslage würde ich als gedrückt beschreiben.

Ich bin nun wahrlich keine Frohnatur, und auch Trost ist nicht meine Domäne (fragen Sie nur die Leser meiner Erotikkolumne). Und doch möchte ich in dieser Kolumne Freude verbreiten. Wie? Indem ich an all die Dinge erinnere, die unser Dasein lebenswert machen: Liebe. Freundschaft. Service public (ich bin vertraglich verpflichtet, einmal pro Kolumne an die Bedeutung des öffentlichen Dienstes zu erinnern). Es soll eine Feier unserer schönsten Errungenschaften sein vor dem Hintergrund ihres baldigen Ablebens. Ein Adieu an die Menschheit. Wie im Film lasse ich noch einmal ihre besten Momente Revue passieren, vermische sie mit Anekdoten aus meinem unerhörten Leben und garniere sie mit den Weisheiten einer dirty old bird. Wenn Sie das lesen wollen, sind Sie selber schuld. Ich schliesse mit einem Zitat meines seligen Freundes, des Dichters und Gourmets Julius Butterfeld: «Das Einzige, was uns jetzt noch retten kann, ist der Käsewagen.»

Sie hören wieder von mir.

Ihre Toni Fleischmann.

Der VPOD trauert um die grosse Gewerkschafterin Christiane Brunner

Treibende Kraft

Christiane Brunner ist gestorben, die Genfer Gewerkschafterin und SP-Politikerin, ehemalige VPOD-Präsidentin und SGB-Co-Präsidentin, die beim ersten Frauenstreik von 1991 die treibende Kraft war.

| Text: *Christoph Schlatter* (Foto: *Schweizerisches Sozialarchiv*)

Christiane Brunner besass alles, was es für eine Bundesrätin braucht: Erfahrung, (zweisprachige) Eloquenz, Dossierkenntnis und Durchsetzungsvermögen. Dass eine bornierte bürgerliche Männermehrheit ihr im März 1993 den Einzug in die Landesregierung verwehrte, war die Folge einer beispiellosen Schmutzkampagne. Aber das Uchtenhagen-Szenario von 1983 wiederholte sich nicht. Mit Ruth Dreifuss trat die SP mit zwei Kandidatinnen in den zweiten Wahlgang. Dreifuss wurde gewählt und ihre «Zwillingschwester» zur Ikone. Und zur Namensgeberin: Der «Brunner-Effekt» führte zu einem messbaren Anstieg der Frauenvertretung in den Parlamenten.

Allein unter Männern

Kämpfen hatte Christiane Brunner seit je müssen, als 1947 in ärmliche Verhältnisse Hineingeborene, als vorübergehend Allein-

erziehende, als Jusstudentin und als Anwältin. Auch in der Familie mit dem zweiten Ehemann, dem VPOD-Sekretär Jean Queloz, und den 5 Buben war sie wie so oft einzige Frau im Männergremium. Häufig war sie auch die Erste in der jeweiligen Position; das trifft allerdings nicht zu aufs VPOD-Präsidium, das sie von 1982 bis 1989 innehatte. Dort gab es mit der 1970 gewählten Ria Schärer eine Vorgängerin.

Der legendäre erste Frauenstreik vom 14. Juni 1991 ging wesentlich auf Christiane Brunners Anstoss zurück. Die damalige SMUV-Sekretärin setzte die Idee im SGB-Vorstand durch. Von 1994 bis 1998 bildete sie mit Vasco Pedrina die SGB-Führung; hier war sie, wie auch an der SMUV-Spitze (1992 bis 2000), weibliche Pionierin. An allen wichtigen Kämpfen für eine Besserstellung



der Frauen in Gesetz, Gesellschaft und Gewerkschaft war Christiane Brunner beteiligt. Ihr Sinn für Visionen beeinträchtigte nie das Sensorium fürs Machbare, auch nicht im Nationalrat (1991 bis 1995) und im Ständerat (1995 bis 2007), wo sie die SP Genf vertrat. Der VPOD trauert um eine hartnäckige und grossherzige Kollegin, der er viel verdankt.

Merci, chère Christiane!

Die Ikone der Frauenbewegung am Herd? Ich traute meinen Augen nicht. Da stand Christiane Brunner mit umgebundener Schürze in der Küche ihrer Genfer Wohnung und rührte in einem Kochtopf, der fast so gross war wie sie selbst. Sie war den Genüssen des Lebens zugetan. Und es war für sie kein Widerspruch, als Feministin für Gäste oder für ihre Patchwork-Familie selbst zu kochen.

Ebenfalls überrascht hat mich Christiane Brunners sportlicher Kampfgeist. Wir waren im Vallée de Joux, wo sie ein Ferienhaus hatte. Obwohl es aus allen Wolken schneite, spielten wir draussen Pingpong. Immer wieder mussten wir den Tisch mit einem Besen vom Schnee befreien. Erst als wir völlig durchnässt waren, gab sie endlich auf.

Dieser Kampfgeist war typisch für sie – nicht nur im Tischtennis. Auch als sie 1982 VPOD-Präsidentin wurde, wurde schnell klar: Sie wollte in dieser Funktion nicht nur Vorschläge abnicken. Sie unterbreitete ihre eigenen Ideen und vertrat diese beharrlich, woran sich das damalige politische Personal erst einmal gewöhnen musste. Allgemeine Bekanntheit erlangte Christiane Brunner als Initiatorin des Frauenstreiks von 1991. Unvergessen bleibt mir der Moment, als sie dem SGB-Vorstand – mit einem gewissen Schalk in den Augen – den Antrag dazu unterbreitete. Eine hirnrissige Idee, fanden nicht wenige. Der Frauenstreik wurde dennoch beschlossen. Mit Erfolg: Eine halbe Million Frauen war am 14. Juni auf der Strasse. – 1993 mobilisierte ihre Nichtwahl in den Bundesrat wiederum

sehr viele Frauen. Obwohl die Solidarität riesig war, waren es für Christiane Brunner schmerzliche Tage. Zwar liess sie sich nichts anmerken, aber ich denke, dass sie ihre Nichtwahl nie ganz verdaut hat.

Ihrem proletarischen Charme konnte kaum jemand widerstehen. Auch ich nicht. Als es 1994 darum ging, eine Nachfolge für den damaligen VPOD-Generalsekretär Walter Renschler zu finden, «nötigte» sie mich, zu kandidieren. So ermutigte sie nicht nur mich, sondern auch zahlreiche andere Gewerkschafterinnen, Ämter und Funktionen zu übernehmen. Mit ihrer Überzeugungskraft und ihrem Umsetzungswillen wurde sie für viele Frauen meiner Generation ein Vorbild. Merci, chère Christiane! | *Doris Schüepp*, VPOD-Generalsekretärin 1994–2007



Zürich: Anti-Award an die Kantonsspitäler

Über 2000 Angestellte der vier Zürcher Kantonsspitäler USZ, KSW, PUK und IPW haben bisher den Protest «Ganzer Teuerungsausgleich für ganze Arbeit!» unterzeichnet. Die kantonalen Verbände von Physioswiss, SBK und der VPOD unterstützen die Unterschriftensammlung. Drei der vier Einrichtungen bekamen einen «Anti-Award» für 0 Prozent Teuerungszulage, das USZ erhielt «trotz» 0,5 Prozent die gleiche Negativauszeichnung. Der Kanton gewährt seinem eigenen Personal 1,1 Prozent, was der durchschnittlichen Jahresteuern 2024 entspricht. Die Spitäler sind aufgefordert, ihren Entscheid zu korrigieren. | *vpod* (Foto: Denis Linine/iStock)

Laubbläser kommen vors Volk

Die im VPOD organisierten Hauswartinnen und Hauswarte empfinden den Entscheid des Zürcher Stadtparlaments für ein fast vollumfängliches Verbot von Laubbläsern als bevormundend und ignorant. Vermutlich wird jetzt aber das Stimmvolk entscheiden. Der Gemeinderat hatte beschlossen, dass benzinbetriebene Laubbläser und -sauger gänzlich verboten werden und dass elektrische lediglich in den Herbstmonaten eingesetzt werden dürfen, und auch das nur mit Sonderbewilligung. Dass das Verbot nicht nur dem lästigen Nachbarn gilt, der jeden Samstag den Garagenvorplatz bebläst und das halbe Quartier beschallt, sondern auch den Hauswartungsprofis, denen das Gerät bei immer knapperen

Zürich I: Unispital bekommt Negativpreis.

Zürich II: Volk muss über Laubbläser entscheiden.

Zeit- und Personalbudgets eine Hilfe ist, konnte oder wollte das Parlament nicht erkennen. Das Lärmargument ist für elektrische Laubbläser nicht gültig. Aber offenbar ist der Zürcher Gemeinderat eher auf das Wohlergehen von Kleinstlebewesen als auf die Befindlichkeit des städtischen Personals fokussiert. Im Zielkonflikt zwischen Sicherheit, Ökonomie und Ökologie wäre Augenmass erforderlich. | *slt* (Foto: Aleksandr Potashev/iStock)

Stadt Zürich: Die Arbeitszeit muss runter

Die Stadt Zürich hat 2024 mehr als eine halbe Milliarde Franken Gewinn geschrieben. Das Plus ist auch deshalb so hoch ausgefallen, weil Stellen nicht besetzt und weil die Lohnerhöhungen mager waren. Umso schiefer liegen die langen Arbeitszeiten in der Landschaft: 4 Wochen Ferien, 6 Betriebsfeiertage, 42-Stunden-Woche sind weit hinter dem Trend. «Angesichts der Finanzlage ist die Verkürzung der Arbeitszeit eine notwendige Massnahme zur Stärkung der Attraktivität als Arbeitgeberin», unterstreicht der VPOD. Die nächsten Chancen bieten sich im Budgetprozess sowie in der Behandlung des Vorstosses für eine 5. Ferienwoche. | *vpod*

Nachruf Ernst Neukomm †

Nur den Sprung in den Ständerat hat er – das war 1991 – nicht geschafft. Aber Ernst Neukomm, der im April mit 90 Jahren gestorben ist, gehört trotzdem zu den Grossen seines kleinen Kantons Schaffhausen: Mehr als drei Jahrzehnte, von 1969 bis 2000, war er Regierungsrat, und es gibt nicht so schauzig viel, was er in dieser Zeit falsch gemacht hat. Insbesondere der Umstand, dass die Hochflächen des Randens, dieser einzigartigen Tafeljurlandschaft, frei und von Ferienhäuschenzersiedelung verschont blieben, geht auf sein Wirken zurück. VPOD-Kollege Ernst Neukomm, Gewerkschaftsmitglied vom 16. Altersjahr bis zum Tod, war ein populärer und ansprechbarer SP-Politiker. Einer von der Sorte, die den Kern ihrer sozialen Überzeugungen durch die Zeiten zu transportieren weiss. Begonnen hatte er mit einer Lehre als Bierbrauer, dann war er, ehe er Politprofi wurde, Polizist, Redaktor und VHTL-Sekretär. Auch sein jüngerer Bruder Alfred hat (als Berner SP-Nationalrat und als Gemeinderat der Stadt Bern) eine politische Karriere gemacht, genau wie Sohn Peter, der seit 2015 Stadtpräsident von Schaffhausen ist. | *slt* (Foto: Sozialarchiv)



Den Ökonomen Michael Beckmann hat die Pandemie-Erfahrung gegenüber Remote Work eher skeptisch gemacht

Im gläsernen Heim

Die Pandemie brachte weltweit einen Schub fürs Homeoffice. Das VPOD-Magazin befragte nochmals – wie am Vorabend von Corona – den Ökonomen. Michael Beckmann bleibt dabei: Vertrauen ist besser als Kontrolle. Neu aber wächst die Angst vor Überwachung Orwellscher Dimension. | Text: Christoph Schlatter

Vorab eine interessante Beobachtung auf der Meta-Ebene: Keine Sekunde hat der rasende Reporter des VPOD-Magazins bei der Vorbereitung des Gesprächs eine virtuelle Variante in Betracht gezogen. Für ein ausführliches Interview, bei dem es nicht allein ums Abfragen von Fakten, sondern um Einschätzungen, Bewertungen, Zwischentöne geht, ist der Besuch des Gegenübers in dessen natürlichem Habitat immer besser – dies die Erfahrung aus einer Zeit, als es teilweise nicht anders ging als mit Skype oder Zoom oder Teams. Wie hält es Michael Beckmann, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Basel, damit? Tatsächlich hat auch er vor Corona – obwohl es die notwendigen Tools längst schon gab – nie in Erwägung gezogen, Meetings im virtuellen Raum stattfinden zu lassen, selbst wenn mit der realen Durchführung mehrstündige Reisen verbunden waren.

Heute, drei Jahre nach dem Ende der Covid-19-Pandemie, hält Beckmann die meisten Meetings wieder persönlich ab, weil er die Kommunikation in diesem Setting für effektiver hält. Aber für bestimmte Konstellationen erwiesen sich Zoom, Teams und Co. als durchaus nützlich, findet

er: «Wenn es um grössere Distanzen geht, dann überlegt man sich das schon. Zumal ich zu der Sorte Menschen gehöre, die im Zug nicht wirklich arbeiten – höchstens ein Buch lesen – können.» Ganz gut, so auch die Erfahrung des Schreibenden, lassen sich im virtuellen

Raum vorbereitete Beschlüsse abnicken, gegen die keine Fundamentalopposition erwartet wird. Aber sobald es um ergebnisoffene Diskussionen oder um konflikt-behaftete Situationen geht, setzt man sich besser face to face auseinander. Das findet auch Beckmann, der seine Gegenüber im Internet tendenziell als ungeduldiger, leichter reizbar und weniger konzentriert erlebt als in der echten Welt.

Gefundenes Fressen

Es war direkt am – von niemandem vorhergesehenen – Vorabend von Corona im März 2020, als das VPOD-Magazin ein grosses Interview zum Arbeiten von zuhause aus publizierte. Eine Katze, die sich auf den heimischen Schreibtisch schleicht, war auf dem Umschlag abgebildet, als unzählige Beschäftigte pandemiehalber in ein kaum vorbereitetes Homeoffice zügelten. Michael Beckmann hatte damals feurig für mehr Vertrauen in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter plädiert. Ein Jahrfünft später will das VPOD-Magazin mit demselben Forscher prüfen, ob die Vor-Corona-Aussagen Bestand haben.

Denn: Homeoffice – oder allgemeiner: Remote Work – hat durch Corona einen zuvor undenkbaren Schub erfahren. Es musste jetzt urplötzlich von zuhause aus gehen – und es ging an vielen Orten vergleichsweise reibungslos. Für den Wissenschaftler, der sich spezifisch mit dem Thema befasst, ein ge-



Michael Beckmann ist Professor an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel. Er forscht und publiziert zur Personal- und Organisationsökonomie und untersucht dabei unter anderem Performanceeffekte von Mitarbeiterpartizipation und die Auswirkungen der Digitalisierung.

fundenes Fressen, oder? Man stellt sich vor, dass eine Ameisenforscherin, die in einer abgelegenen Ecke des Regenwaldes 27 neue Ameisenarten auf einen Schlag entdeckt, ähnliche Gefühle hegt wie der Ökonom, der zu einem seiner Lieblingsthemen plötzlich eine immense Zahl von Experimenten in der realen Welt geliefert bekommt.

Tatsächlich habe er sich über diesen Aspekt von Covid-19 zunächst gefreut, sagt Michael Beckmann. «Endlich, dachte ich, endlich werden die Firmen mit der Arbeit im Homeoffice konfrontiert. Endlich lässt sich der Beweis führen, dass die Welt nicht untergeht von ein bisschen Arbeit aus dem Homeoffice.» Denn schon im Vor-Corona-Interview hatte Beckmann festgehalten, dass Studien durchwegs



Auf dieser und den folgenden Seiten sind **Fotos** von **Werner Bachmeier** zu sehen, der in Ebersberg nahe München lebt und arbeitet und der seit jeher ein Auge für die Arbeitswelt und ihre Veränderungen besass. Als die halbe Welt während der Pandemie ins Homeoffice stolperte, begann Bachmeier sein **Langzeitprojekt «Homeoffice»**, für das er beim Pressefoto-Wettbewerb des Bayerischen Journalisten-Verbandes mit dem 1. Preis in der Kategorie «Serie» ausgezeichnet wurde. Die Bildertouren auch als Wanderausstellung; derzeit sind sie in der Arbeitsweltausstellung «Dasa» in Dortmund zu sehen; demnächst wird man sie im Konferenzbereich der IG Metall in Frankfurt am Main anschauen können. Weitere Termine sind in Planung. www.wernerbachmeier.de

zuverlässige Ergebnisse liefern dahingehend, dass Homeoffice im Schnitt mit einem höheren Arbeitseinsatz und einer besseren Produktivität der Mitarbeitenden einhergeht: «Die Sorge von Arbeitgebern, dass ihre Angestellten im Homeoffice massenhaft faulenzten, ist also unbegründet.» Und auch Tetris, Candy Crush oder Angry

Birds werde nicht im Übermass gespielt – jedenfalls «nicht mehr als im Büro». Die belastbarste Feldstudie stammt übrigens aus einer Call-Center-Firma in China, wo die gesamten Umstände, von Ergonomie bis Überwachung, im Homeoffice vollständig identisch waren mit jenen im Betrieb. Unter weitestgehender Ausschaltung aller übrigen Einflüsse verblieb als klares Fazit: Die Leute arbeiten zuhause produktiver als in der Firma.

Menschen vom Typus «Haha, ich schmeiss mich jetzt zum Chillen aufs Sofa, und mein Chef denkt, ich arbeite», blendet Michael Beckmann dabei nicht aus. Es gibt solche Leute. Aber sein Interesse gilt dem grossen Ganzen, nicht dem Einzelfall. Es bildeten unter den Beschäftigten doch diejenigen die klare Mehrheit, «die an ihrer Arbeit interessiert sind, die sie mit Freude machen und nicht, weil sie dazu gezwungen werden». Die machten ihre Sache auch im Homeoffice gut, auch wenn sie dazwischen mal eben kurz die Wäsche aus der Maschine nehmen oder die Kartoffeln fürs Mittagessen schälen.

Wo ist der Haken?

Aber wenn allzu einhellige Begeisterung für eine Sache herrscht, pflegt Michael Beckmann hellhörig zu werden. Schliesslich hat so gut wie jedes Ding auf dieser Erde zwei Seiten. «Und wenn die Arbeitgeberseite

nun plötzlich nach ersten, quasi aufgezwungenen Erfahrungen das Homeoffice allzu sehr rühmt, muss da irgendwo ein Haken für die Arbeitnehmenden sein», sagt er. Einer dieser Haken ist das Müssen: «Sobald Homeoffice von der Wahlmöglichkeit zur Pflicht wird, verliert es einen grossen Teil seines Reizes und seines beflügelnden Effekts.» Genau das war während der Pandemie der Fall. Zudem müsse man die Auswirkungen des Arbeitens von zuhause aus auch nach unterschiedlichen Tätigkeiten und nach verschiedenen Charaktertypen differenzieren, betont Beckmann: «Es gibt halt Leute, die allein in ihren eigenen vier Wänden einfach nicht viel zustande kriegen; sie fühlen sich abgehängt und isoliert; die räumliche Enge einer Zweizimmerwohnung oder eine wenig ergonomische Ausstattung können ebenfalls dämpfen oder lähmen – auch jenseits der pandemiebedingten Extremsituationen, wo Arbeit und Homeschooling sich im Familienwohnzimmer überlagerten.»

Das führt zur Frage, in welcher Umgebung Menschen eigentlich die beste Leistung liefern. Vermutlich sind auch hier charakterliche Merkmale relevant. Und die Antwort dürfte auch unterschiedlich ausfallen je nachdem, ob eher gleichförmiger oder eher kreativer Output erwartet wird. Für Letzteres stellt Beckmann fest: «Es kommt ja nicht von ungefähr, dass grosse Techfirmen wie beispielsweise Google sehr «menschenfreundliche» Umgebungen kreieren, dass sie mit der Sofaecke und dem Billardtisch eine regelrechte Wohlfühlatmosphäre schaffen. Sie machen das nicht, weil sie die Caritas sind. Sie machen das, weil sie glauben, dass dabei mehr herauskommt.» Also: Mindestens für gewisse Tätigkeiten hilft's, wenn man mal spontan Kaffeepause macht oder auf einen Schwatz ins Nachbarbüro schlendert, wobei da gar nicht zwingend dienstliche Themen beredet werden müssen. Wer weiss, vielleicht kommt die zündende Idee auch beim Spaziergang, an der Kaffeemaschine oder während des Torjubels beim Tischfussball? Auch hier gibt's eine Kehrseite: «Flexibilität heisst dann eben auch, dass ich das Problem, das ich mir vorgenommen habe, noch zu Ende bringe, auch wenn es schon 18 Uhr oder 19 Uhr geschlagen hat.» Und womög-



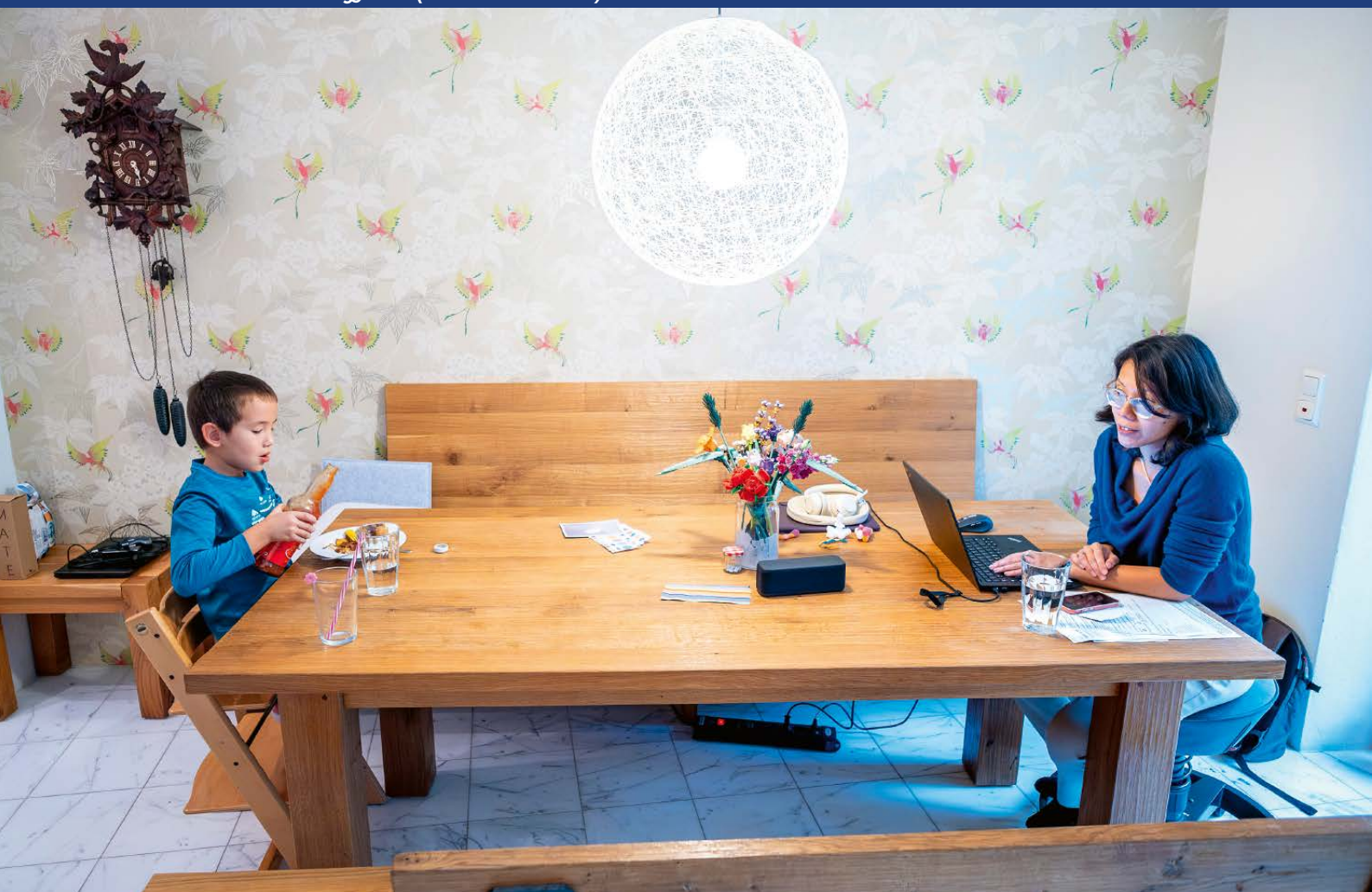
lich – Kommentar des Verfassers – nähert man sich so ja auch einem Zustand an, der es den Ausgebeuteten verunmöglicht, die Tatsache ihrer Ausbeutung überhaupt zu erkennen ...

Fortschritt durch Miteinander

Die Pandemiejahre mit ihrem erzwungenen Remote Work haben aus Sicht von Michael Beckmann durchaus deutlich auch Grenzen und Gefahren von Homeoffice aufgezeigt. Eine Lehre lautet: Man sollte es nicht übertreiben. Den Betrieb als sozialen Ort gilt es zu erhalten. Isabel Rothe, die Leiterin der deutschen Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, hatte es damals, mitten in der Pandemie, fürs *VPOD-Magazin* so formuliert: «Der Betrieb spielt für die Lösung von Problemen, für gegenseitige soziale Interaktion und Unterstützung und für die Weiterentwicklung eines Unternehmens eine zentrale Rolle. Nichts spricht gegen mehr Flexibilität, die beiden Seiten nützen kann. Aber der Kern der Zusammenarbeit in Präsenz sollte nicht zu stark reduziert werden.» Eine Aussage, die Michael Beckmann ohne Zögern unterschreiben würde. Natürlich könne man sich auch online zum kreativen Denken verabreden und vernetzen, von Nerd zu Nerd sozusagen: «Aber ich denke trotzdem, dass es für das Weiterkommen, für die Entwicklung einer Idee oder die Anpassung eines Produkts auch des Miteinanders in Präsenz bedarf.» Eine vernünftige Kombination von Homeoffice und Officeoffice ist ohne Zweifel hilfreich. Wer dagegen nur noch am Donnerstag in der Firma ist und dort dann auch nur noch das Donnerstagsfünftel der Belegschaft sieht, hat ein Defizit.

Nochmals zur 2020 getätigten Aussage, wonach Homeoffice vor allem funktioniert, weil die Beschäftigten das ihnen entgegengebrachte Vertrauen entgelten wollen: «Ja, Vertrauen kann man im ganzen Gefüge als eine Währung betrachten; mit ihr kann ein Unternehmen allerhand kaufen: Loyalität, Begeisterung, Kreativität, Output.» Ebenso gut lässt sich das alles auch wiederum umdrehen und ins Gegenteil verkehren: dann nämlich, wenn die (vermeintliche) Autonomie mit Überwachung einhergeht. Michael Beckmann sieht solche Elemente im angelsächsischen Raum weiter verbrei-









tet als in Kontinentaleuropa, aber auch hier sind die Kontrollen auf dem Vormarsch – ganz einfach deshalb, weil sie technisch möglich sind. Beckmann: «Es lässt sich ja längst nicht mehr nur überprüfen, ob die Mitarbeiterin eingeloggt ist oder nicht – dabei könnte sie ja immer noch im Liegestuhl liegen und Netflix gucken. Heutige Überwachungsmöglichkeiten gehen sehr viel weiter; es lässt sich vom gesprochenen Wort über die gegangenen Schritte, die besuchten Websites und die angeschlagenen Tasten so ungefähr alles aufzeichnen.» Bei der jüngeren Generation, die es gewohnt ist, persönliche Daten als Zahlungsmittel dranzugeben, sieht Beckmann dazu kaum Problembewusstsein. Sich noch ein weiteres Gadget um den Hals hängen oder um den Arm binden? Geschenk! Begründet wird das alles ja mit Argumenten, die sich durchaus positiv anhören: Produktivitätssteigerung, Effizienzgewinn, Selbstwirksamkeit...

Grüsse von Orwell

Spätestens an dieser Stelle kommen quasi automatisch die grossen dystopischen Romane des 20. Jahrhunderts in den Sinn: Michael Beckmann erwähnt Aldous Huxleys «Schöne neue Welt» und George Orwells «1984», ausserdem den Film «The Circle» von 2017, in dem Emma Watson und Tom Hanks die Hauptrollen spielten.

Es ist die Geschichte eines gigantischen Techkonzerns, bei dem die Menschheit erst zu spät realisiert, dass der mit der Missachtung jeder Privatsphäre den gesellschaftlichen Zusammenhalt längst untergraben und zerstört hat. Ähnlichkeiten mit der Realität, ob bei Facebook oder bei X oder bei verwandten Plattformen, sind kein Zufall: Am Anfang erscheinen die Verlockungen paradiesisch, und erst im Lauf der Zeit offenbart sich, dass die Systeme für die einzelnen Nutzerinnen und Nutzer mehr

Nachteile als Vorteile aufweisen – und dass nur wirklich etwas davon hat, wer daran verdient. Beckmanns aktuelle Einschätzung: «Digitale Überwachung schwappt von den USA nach Europa; ich glaube allerdings nicht, dass sie hier in nächster Zeit ähnliche Ausmasse annehmen wird wie dort; die europäischen Sensibilitäten gegenüber Datenkraken sind – zumindest heute noch – ausgeprägter.»

Die weiteren Auswirkungen der Digitalisierung – etwa Crowdsourcing oder Crowdfunding – können wir im Gespräch nur noch streifen. Aber auch sie stehen mit der zunehmenden Verbreitung von Homeoffice in einem Zusammenhang. «Die Firmen fangen an, sich zu überlegen, ob sie Leute, die ohnehin zuhause sitzen, überhaupt noch fest anstellen sollen. Ob sie nicht besser nur noch einzelne Aufträge ausschreiben, um die sich dann verschiedene Arbeitskräfte bewerben.» Oder balgen: Ganz so, wie in Emile Zolas «Germinal» die Arbeitsplätze in der Grube an die billigsten Bergleute versteigert werden. Die sozialen Sicherungssysteme, die sich seit der Industrialisierung langsam ans Beschäftigungsverhältnis angeheftet haben, fallen in dieser neuen Arbeitslogik weg. Und auch eine gewerkschaftliche Perspektive wird in einer derart individualisierten Welt schwer zu implementieren sein.





Michael Beckmann spitzt ein wenig zu: «So what», sagen viele junge Leute, die diesen modernen Ausbeutungsformen gegenüber ebenso unsensibel sind wie gegenüber der Datenschutzproblematik. Aber ich vermute, dass das Erstaunen und Wehklagen dann gross sein wird, wenn sie mit 61 feststellen, dass sie mit der bisherigen Arbeit überhaupt keine Altersrente aufgebaut haben.» Auch etwa gegenüber der Befristung von Arbeitsverträgen stellt Beckmann neuerdings eine Gleichgültigkeit fest, die ihn erschreckt: «Wer ‹Influencer› als Wunschberuf deklariert, hat wahrscheinlich die Versicherungsmentalität der vorhergehenden Generationen vollständig aufgegeben.» Soziale Anerkennung und ein Schutz gegen die Unwägbarkeiten des Lebens lassen sich in solchen Arbeitsverhältnissen jedenfalls nicht mehr erlangen.

Dass sich gleichzeitig Firmen von Raumkapazitäten trennen, ist eine weitere logische Folge der Ausbreitung von Homeoffice. «Warum soll ein Betrieb Arbeitsplätze für alle vorhalten, wenn nie und nimmer

alle gleichzeitig vor Ort sein werden?» Die Folge ist das Grossraumbüro ohne fixe Arbeitsplätze und mit strikter Clean-Desk-Policy. Auch das gefällt nicht allen (Beckmann gefiele es gar nicht, dem Schreibenden ebenso wenig). Zusammengefasst: Die aktuellen Entwicklungen rund um Remote Work sind widersprüchlich. Hörte man vor der Pandemie häufig von Arbeitnehmerseite die Klage, man würde so gern Homeoffice machen, dürfe aber nicht, so wird heute die reale Begegnung mit den Kolleginnen und Kollegen – und selbst mit Vorgesetzten – neuerlich wertgeschätzt. Auf Arbeitgeberseite gibt es jene, die Homeoffice vor allem als willkommene Sparmassnahme betrachten, weil Infrastrukturkosten abgewälzt werden können. Auch den Gewerkschaften macht man so das Leben schwer. Es lassen sich aber auch Gegentrends erkennen: Firmen, die ihre Schäfchen zurück in den Betrieb pfeifen. Vielleicht weil sie der Meinung sind, dass so etwas wie Firmenkultur und Identifikation mit dem Arbeitgeber nur in der Gemeinsamkeit entstehen kann.

Wer reguliert den Wilden Westen?

Eine zentrale Schwierigkeit in der aktuellen Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse, deren Zeugen wir sind: Die Ausgebeuteten – gerade in Systemen wie Uber – realisieren womöglich gar nicht, dass sie ausgebeutet werden. Und die rechtliche Rahmung des Geschehens kommt immer viel zu spät. Im gesetzlichen Leerraum geht es zu wie im Wilden Westen: Es wird erst einmal ein Geschäft gemacht, im Zweifel vom Stärkeren zulasten der Schwächeren. Bis eine Regulierung greift, haben Firmen wie Uber den grossen Reibach längst gemacht. Und so bleibt eine einigermassen paradoxe Feststellung als Michael Beckmanns Fazit: «Die heutigen Technologien lassen beides zu: die grosse Freiheit und die völlige Überwachung.» Oft genug, so möchte man anfügen, überlagern und durchdringen sich diese Elemente. Letztlich zulasten der Freiheit. Und auch wenn er diese sehr düstere Sicht womöglich nicht vollumfänglich teilt: Auch Michael Beckmann sieht beim Thema Homeoffice nach Corona mehr Schattenseiten als davor.



Brasilien: Illegale Goldminen bedrohen den Regenwald.

Giftgold in der Schweiz?

Der illegale Goldabbau im Amazonasgebiet hat stark zugenommen; die Minen befinden sich auf indigenem Land und zerstören Regenwald in grossem Umfang. Quecksilber, das von den Goldgräbern eingesetzt wird, schädigt die Umwelt zusätzlich. Bei den Goldimporten aus Brasilien steht die

Schweiz nach Kanada an zweiter Stelle; Greenpeace fordert einen lückenlosen Herkunftsnachweis für das Edelmetall, das oft ohne oder mit gefälschtem Herkunftsnachweis verkauft, verarbeitet und exportiert wird. 2022 überstiegen die Schweizer Importzahlen die Angaben Brasiliens über den Export um 67 Prozent, 2023 um 62 Prozent. Das heisst: Die Herkunft von je rund 9 Tonnen Gold ist unklar. Zum revidierten Edelmetallgesetz braucht es gemäss Greenpeace eine strenge Verordnung. Der weltweite Goldhunger ist ohnehin eine Absurdität: Man entreisst der Erde Gold, um es, in Barren gegossen, wiederum unter die Erde zu bringen. | [gp/slt](#) (Foto: Greenpeace)

Gesundheitspersonal ist kein Ziel

Empörung hat die offensichtlich nicht zufällige Tötung von 15 palästinensischen Sanitätskräften durch die israelische Armee im

Gazastreifen ausgelöst – und besonderen Abscheu der Umstand, dass die Leichen hastig in einem Massengrab verscharrt wurden. Unter den Erschossenen waren mindestens acht Mitarbeitende des Roten Halbmondes. Daniel Bertossa, Generalsekretär der Internationale der öffentlichen Dienste IÖD/PSI, geisselt den Angriff auf das Gesundheitspersonal: «Die Beschäftigten im Gesundheits- und Rettungswesen erbringen einen wesentlichen öffentlichen Dienst. Sie müssen vor Angriffen geschützt werden, anstatt zur Zielscheibe zu werden.» Mit solchen Massakern werde Feindseligkeit geschürt und Entmenschlichung vorangetrieben – eine Basis für weitere Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten. | [psi/vpod](#)

Verdi: Schlichtung bringt Einigung

Vier Verhandlungsrunden und eine Schlichtung waren nötig, um eine Einigung im Ta-

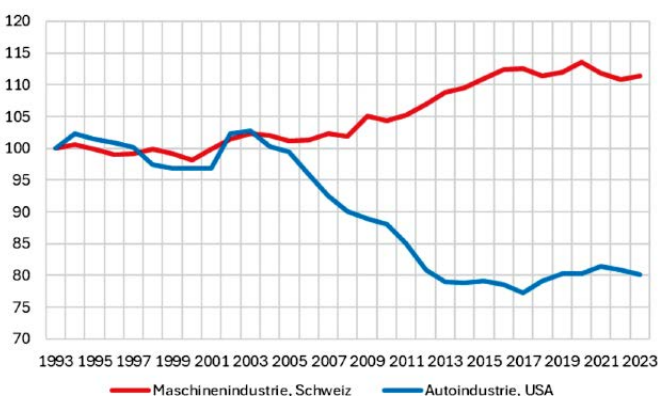
Wirtschaftslektion Zölle helfen der US-Industrie nicht

Die Regierung Trump begründet ihre Zölle stark mit sicherheitspolitischen Argumenten. Erstens sollen die westlichen Länder über Zölle die US-Armee mitzahlen, weil sie auch davon profitierten. Zweitens soll die US-Industrie dank den Zöllen wieder aufblühen, was auch die Voraussetzung für eine starke Armee sei. Tatsächlich ist die Industrie in den USA ein Schatten ihrer selbst. Heute arbeiten nur noch rund 8 Prozent der Beschäftigten in diesem Sektor. Der US-Handelsminister Lutnick war Anfang April bemerkenswert kritisch: «We don't make medicine in this country anymore. We don't make ships. We don't have enough steel and aluminum to fight a battle... We got to stop having all the countries of the world ripping us off.» («Wir machen keine Medizin mehr in diesem Land. Keine Schiffe. Wir

haben nicht genug Stahl und Aluminium, um einen Kampf zu führen... Wir müssen jetzt weltweit all die Länder stoppen, die uns abzocken.») Dummerweise sind die USA daran selber schuld. Beispielsweise haben sich die Arbeitsbedingungen der Autoindustrie stark verschlechtert, unter anderem weil die Gewerkschaften politisch bekämpft wurden. Und weil das Land wenig für die Ausbildung der Leute macht. Die Reallöhne sind heute 20 Prozent tiefer als vor 20 Jahren. Ein Job in der Autoindustrie ist nicht mehr attraktiv. Auch in der Schweiz ist die Situation zunehmend besorgniserregend. Die Reallöhne in der Maschinenindustrie stagnieren seit Jahren. Die Branche hat immer mehr Mühe, gute Leute zu finden. Aber immerhin ist es noch nicht so schlimm wie in den USA. Wer eine funktionierende Wirtschaft haben will, muss in die Arbeitnehmenden investieren. Mit guten Löhnen, guten Arbeitsbedingungen und guten Ausbildungen. Zölle werden das Problem nicht lösen. Sondern eher noch verschärfen, indem sie zu Preiserhöhungen und Reallohnverlusten führen können.

Wer eine Industrie aufbauen will, braucht Maschinen. Hier sind die USA eher schwach aufgestellt. Bei den bedeutenden Werkzeugmaschinen sind die USA stark auf Importe angewiesen. Sehr viele Maschinen kommen aus Europa – vor allem aus Deutschland, Italien und der Schweiz. Die europäische Industrie liefert eine Qualität, die weltweit schwer zu übertreffen ist. Die Maschinenhersteller werden einen beträchtlichen Teil der Zölle auf die US-Kundschaft überwälzen können. Sollte die US-Industrie ausgebaut werden, müsste sie mehr Maschinen aus der Schweiz kaufen. Eine amerikanische Reindustrialisierung wäre für die Schweizer Maschinenindustrie auch eine Chance, den Absatz zu erhöhen. Ohne Maschinen aus Europa wird ein neues Aufblühen der US-Industrie nicht möglich sein. | [Daniel Lampart, SGB-Chefökonom](#)

Reallöhne in der Industrie: Schweiz und USA im Vergleich (Index, 1993 = 100)



rifstreit zwischen der Gewerkschaft Verdi einer- und Bund und Kommunen andererseits zu erzielen. Der Abschluss wird von Verdi-Chef Frank Werneke als «schwieriges Ergebnis in schwierigen Zeiten» bezeichnet. Ein Ja bei der Mitgliederbefragung vorausgesetzt, gibt es ab April 3 Prozent, aber mindestens 110 Euro monatlich mehr Lohn. Weitere 2,8 Prozent kommen im Mai 2026 dazu. Zusätzliche Zulagen bis zu 250 Euro sind den Arbeitenden in Schichtdiensten, etwa in Spitälern, gewiss. Ab 2027 gibt's einen zusätzlichen Urlaubstag. Zudem wurde vereinbart, dass eine freiwillige Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 42 Stunden zulässig ist, wenn dabei niemand zur Mehrarbeit gedrängt wird. | [verdi/vpod](#)

«Schändlicher Angriff» Trumps

US-Präsident Trump fährt einen weiteren Angriff auf die Gewerkschaften des öffent-

lichen Sektors, indem er versucht, sie mit einer «Durchführungsverordnung» ihres Tarifverhandlungsrechts zu berauben. Dies sei «ein schändlicher und revanchistischer Angriff auf die Rechte hunderttausender amerikanischer Staatsbediensteter», sagte Everett Kelley, Präsident der AFGE, der grössten Gewerkschaft von Bundesbeamten. Die IÖD-Gewerkschaften in den USA waren Anfang April Teil der landesweiten Proteste zur Verteidigung der öffentlichen Dienste, der Bürgerrechte und der Demokratie. | [vpod](#)

Abfallkrise in Birmingham

Ein mehrwöchiger Streik der Kehrrietaufnahme in Birmingham hat Berichten zufolge katastrophale Auswirkungen auf die hygienischen Zustände in Grossbritanniens zweitgrösster Stadt. Die Rede ist von 17 000 Tonnen nicht abgeholtem Abfall,



Birmingham: Englands zweitgrösste Stadt versinkt im Dreck.

der sich auf den Strassen türmt und zum Himmel stinkt – und von darin lebenden Ratten, die aufgrund der für sie paradisiatischen Verhältnisse teilweise «grösser als Katzen» seien. Auslöser des Streiks war der Versuch der (von Labour regierten) Stadt, ihre Finanzen mit Lohnsenkungen zu sanieren. | [slt](#) (Foto: Arne Müseler/Wikimedia CC)

Wer war's? Bundeskinder

Was treiben so die Kinder von Bundesräten? Und von Bundesrätinnen? 6 von bisher 10 weiblichen Angehörigen der Landesregierung waren ohne Nachwuchs. Die übrigen hatten oder haben 1 (Kopp) bis 3 (Widmer-Schlumpf) Kinder, die zum Zeitpunkt der Wahl ihrer Mutter in die Landesregierung längst erwachsen waren. Bei den männlichen Exekutivmitgliedern ist die Sache nicht so überschaubar. Immerhin in zwei Fällen aber lässt sich sagen, dass ein Bundesratskind selbst wiederum Bundesrat wurde. Dies trifft zu bei Schlumpfs: Vater Leon gehörte dem Gremium von 1979 bis 1987 an, die erwähnte Tochter Eveline folgte 28 Jahre darauf.

Die andere Vater-Kind-Konstellation liegt weit zurück: Victor Ruffy, ein Radikaler aus dem Waadtland, kam 1867 ins Amt, in dem er nur zwei Jahre später verstarb. Sein Sohn Eugène wurde 1893 gewählt und weihte 1898 als Bundespräsident das Schweizerische Nationalmuseum ein. Auch daran, dass es heute eine SBB gibt, ist er mitbeteiligt. 1899 trat er zurück, um Direktor des Weltpostvereins zu werden.

In jüngerer Zeit machte ein Spross von alt Bundesrat Ueli Maurer von sich reden. Es waren allerdings negative Schlagzeilen. Gemäss *Blick* reichte das Sündenregister des jungen Mannes von Raub und versuchter Erpressung bis zu Fahren in fahrunfähigem Zustand. Beim Bezirksgericht Hinwil gab's dafür 16 Monate bedingt. Jetzt aber zu den positiven Geschichten – und gemeint sind nicht unbedingt die Chemie- und Leckerli-Imperien der Blocher-Töchter. Eher der Schauspieler Manuel Loewenberg, Sohn von Moritz Leuenberger. Oder die Stadtpräsidentin von Martigny, Anne Laure Couchepin Vouilloz, die in die Fussstapfen von Papi-Stapi Pascal trat.

Ein Bundesratssohn – heute hier gesucht – ist ein recht bekannter und recht umstrittener Schriftsteller. Für Diskussionen sorgte namentlich

eine Erzählung, die tief in die mütterliche CVP-Verwandtschaft hineinleuchtete, ohne dass der Autor sich gross die Mühe genommen hätte, Sachverhalte oder Figuren zu verfremden, um reale Personen zu schützen. Umgekehrt traf den Autor jetzt ein ähnliches Verfahren einer ehemaligen Lebensgefährtin: Die Berlinerin legt denen, die in ihrem Roman nach dem «Who is who» fragen, keine nennenswerten Steine in den Weg. Als «Die vorletzte Frau» schreibt sie schonungslos – manche finden: voyeuristisch – über Beziehung, Sex und Krankheit des Ex-Freundes, des Bundesratssohns. Wie heisst der? Der Sohn? Wer's weiss, schickt den Namen an *VPOD Zentralsekretariat, Wer war's?, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich* bzw. als Mail an: redaktion@vpod-ssp.ch. Nach Einsendeschluss (28. Mai) werden die drei Büchergutscheine (100, 50, 20 Franken) verlost. | [slt](#)

Es war Mascha Kaléko

Die deutsche Dichterin Mascha Kaléko (1907–1975) wurde 1938 als Jüdin aus Berlin vertrieben, lebte zwei Jahrzehnte in New York, dann in Jerusalem. In Zürich liegt sie begraben. Eines ihrer berühmtesten Gedichte – Gebrauchslyrik im besten Sinn – findet man da und dort in Todesanzeigen: «Vor meinem eignen Tod ist mir nicht bang. / Nur vor dem Tode derer, die mir nah sind. / Wie soll ich leben, wenn sie nicht mehr da sind?» «Memento» endet mit den Zeilen «Bedenkt: den eignen Tod, den stirbt man nur / Doch mit dem Tod der andern muss man leben.» Zum 50. Todestag sind zahlreiche Bücher von und über Kaléko (neu oder wieder) erschienen. Esther Huber-Barth (Zürich), Lukas Meyer (Zürich) und Daniel Gelzer (Ostermundigen) können dank Gutscheingewinns eines oder mehrere davon kaufen. | [slt](#)

VPOD-Landesvorstand vom 10. April 2025

Der VPOD-Landesvorstand hat als Onlinekonferenz getagt und hat

- Nicole Gisler (als Nachfolgerin von Tanja Lantz) und Roman Künzler (als Nachfolger von Viviane Hösli) als neue Zentralsekretär*in-Adjunkt*in für die Dossiers Gewerkschaftlicher Aufbau (Organizing) und Gesundheit im Zentralsekretariat Zürich nach kurzen Interviews mit den Kandidierenden gewählt. Von weiteren Stellenneubesetzungen hat er Kenntnis genommen: Jasmin Chalendi wirkt (als Nachfolgerin von Anna Rudin) neu im Kampagnenteam im Zentralsekretariat Zürich; die freiwerdende Sekretär*innenstelle in der Region Basel (Nachfolge Alex Aronsky) ist mit Andrea Schnyder besetzt.
- den Bericht über die Verbandskonferenz Nahverkehr (22. Februar, Luzern) zur Kenntnis genommen und die Verbandskommission Nahverkehr ratifiziert.
- einen Entwurf für die Vernehmlassungsantwort des VPOD zum Sparprogramm des Bundes positiv diskutiert, ergänzt und zur Finalisierung ans Zentralsekretariat weitergeleitet.
- eine 7-köpfige Findungs- und Auswahlkommission für die Nachfolge im Generalsekretariat eingesetzt. Sie umfasst 3 Mitglieder des Landesvorstands (Christian Dandrès, Vanessa Kaeser König, Aldo Zwikirsch), je 1 Vertretung der Zentralsekretariate (Fabio Höhener, Philippe Martin), 1 Vertretung der Personalkommission (Patrick Feucht) sowie 1 Vertretung des Administrativpersonals (Cornelia Fretz).
- die Mandatierung der bereits eingesetzten Taskforce (Christian Dandrès, Vanessa Kaeser König; Micha Amstad, Fabio Höhener, Angela Kern, Philippe Martin; 1 weitere Vertretung aus der Romandie) bestätigt. Die Taskforce kann, wenn sie es für nötig hält, externe Beratung in Anspruch nehmen. Auch eine nicht betragsmässig fixierte Budgetkompetenz wurde ihr im Grundsatz zugesichert.
- die Vorgehensweise gutgeheissen, Delegationen aus der Deutschschweiz und der Romandie an einen Runden Tisch zu bringen. Als Moderator dafür wurde Giorgio Tuti, ehemaliger Präsident SEV, be-

stimmt. Gleichzeitig wurde festgehalten, dass die Debatte so schnell wie möglich wieder in die statutarischen Gremien des VPOD zurückkehren soll.

- einen Vorschlag der Taskforce für eine Kommunikation der aktuellen Vorgänge durch den Landesvorstand via Verbandspresse (siehe unten) bereinigt.

*Christian Dandrès, Präsident
Philippe Martin, stv. Generalsekretär*

Kommunikation des VPOD-Landesvorstands

Wir bedauern die Kündigungen von Natasa Wey, Tanja Lantz und Viviane Hösli. Wir danken den drei Kolleginnen für ihre grosse Arbeit und für ihr unermüdliches Engagement.

Ende März veröffentlichte der *Tages-Anzeiger* einen Artikel über diese Kündigungen auf unserem Zentralsekretariat. Weitere Medienberichte folgten. Wir begrüssen es, dass eine Diskussion über die Zukunft unserer Gewerkschaft geführt wird. Wir bedauern aber, dass Interna an die Öffentlichkeit gelangt sind und dass die Debatte mit persönlichen Anschuldigungen verbunden ist. Davon distanzieren wir uns in aller Form. Der Landesvorstand hat nun eine Taskforce eingesetzt, die sich um die Kommunikation sowie um Massnahmen zur Krisenbewältigung kümmert. Bereits fanden Treffen mit den Unterzeichnenden der Protestbriefe aus der Deutschschweiz und der Romandie statt. Gemeinsam mit ihnen sowie mit Vertreter*innen des Präsidiums und des Zentralsekretariats ist ein Runder Tisch geplant. Daraus werden erste Massnahmen abgeleitet, die der Delegiertenversammlung vom 21. Juni in Zürich vorgelegt werden. Der Findungsprozess für die Nachfolge im Generalsekretariat ist breit abgestützt und wird von einer externen Fachperson begleitet. Wir danken euch für eure Unterstützung und euer Vertrauen.

VPOD-Landesvorstand

Rote Köpfe

Im Kanton Zug kommt es zu einer Regierungsratsersatzwahl, weil Martin Pfister Bundesrat wurde. Am 15. Juni stehen 6 Kandidaturen zur Wahl (ein zweiter Wahlgang

ist absehbar). Mitte, FDP und GLP jagen je ein eigenes Pferd ins Rennen; Alternative, SP, CSP und EVP setzen auf VPOD-Mitglied **Andreas Lustenberger**,



Wirtschaftsgeograf, der bei der Caritas arbeitet und der bei Schwing- und Jodelfesten, so sie in Zug stattfinden, für Nachhaltigkeit zu sorgen pflegt.

Die literarische Kolumne hier im Heft schreibt neu **Lukas Linder**. Er wurde 1984 in Uhwiesen geboren und hat in Basel studiert. Als Dramatiker verfasste er Stücke etwa für Basel, Leipzig, Biel-Solothurn und Darmstadt. Seinem Debütroman «Der Letzte meiner Art» (2018) folgte «Der Unvollendete» (2020). 2024 erschien «Charly Broms Dilemma». Die Kritik lobt Linders fast Lorient-artigen Humor; auch Altmeister Gerhard Polt empfand bei der Lektüre wörtlich «grosstes Vergnügen». Lukas Linder lebt in Polen und in der Schweiz. Er arbeitet erneut an einem Roman. Hauptfigur: Antonia W. Fleischmann. Man begegnet ihr ab sofort auch im *VPOD-Magazin* (Seite 8). | slt (Fotos: Zerdaaar/Wikimedia CC: Agnieszka Cytacka)



Leserbrief

Konflikte wegschreiben?

«Rücktritt der Generalsekretärin»,

VPOD-Magazin vom März/April 2025

Sind die VPOD-Verantwortlichen tatsächlich der Auffassung, einen grundsätzlichen innergewerkschaftlichen Konflikt mit Allgemeinplätzen wegschreiben zu können? Da fordern wir im Positionspapier einen offenen, ehrlichen Umgang untereinander und beschwören die Kraft zur Auseinandersetzung. Es gibt Dinge und Situationen, die kann man nicht ignorieren oder aussitzen. Deshalb schreibe ich dem Landesvorstand und dem Zentralsekretariat ins Stammbuch, dass Ehrlichkeit etwas für starke Menschen ist, schwache wählen die Lüge. Dabei geht es nicht um Schuldzuweisung. Gefordert sind sachlicher Umgang sowie verbandspolitische und soziale Kompetenz aller Beteiligten.

Bernd Eiben, VPOD-Mitglied, Lörrach

Nach einer Wartefrist von 3 Monaten erhielt Kollege T. den Fahrausweis zurück

Eine Synkope und die Folgen

Kollege T. verursachte einen kleinen Auffahrunfall, als er kurz bewusstlos wurde. Die Polizei entzog ihm den Fahrausweis für alle Kategorien – schwerwiegend für einen Buschauffeur. Zum Glück war die Massnahme vorübergehend und ohne finanzielle Konsequenzen! | Text: Sabine Braunschweig (Foto: xxxxx)

Synkopen gibt's in der Sprachwissenschaft, in der Musik und in der Medizin. Gemeint ist eine Auslassung: Bei der musikalischen Synkope liegt die Note nicht auf der Schlagzeit des Takts, wo man sie als Mitteleuropäerin erwartet, sondern davor oder danach. In der Medizin ist die Synkope ebenfalls ein «Aussetzer». Googelt man T.s Diagnose, findet man: «Der Begriff vasovagale Synkope beschreibt eine Ohnmacht, die als Reaktion auf einen plötzlichen Abfall der Herzfrequenz oder des Blutdrucks auftritt.» Ursachen und Folgen dieser Ohnmacht seien meist harmlos. Für den Kollegen galt das leider nicht vollumfänglich.

Sofortige Wirkung

T. war mit seinem Auto unterwegs; er hatte leichte Kopfschmerzen. Plötzlich wurde ihm übel, er wollte anhalten, aber... Er kam erst wieder zu sich, als der Fahrer des Lastwagens, der vor ihm gefahren war, an seine Fensterscheibe klopfte und sagte, er solle den Motor abstellen. T. war kurz bewusstlos gewesen und hatte einen Auffahrunfall verursacht. Die Polizei und das Strassenverkehrsamt gingen aufgrund seiner Schilderungen von einem medizinischen Problem als Ursache aus. Sie entzogen ihm mit sofortiger Wirkung den Fahrausweis für sämtliche Kategorien. Als Buschauffeur, Werkstattmitarbeiter und Landwirt im Nebenerwerb war das für ihn eine einschneidende Massnahme.

Nach dem Vorfall begab sich T. unverzüglich in medizinische Behandlung. Der Notfallbericht stellte zum Glück einen stabilen und guten Allgemeinzustand fest. Die neurologischen Untersuchungen ergaben keinerlei Befund. Die Fahrtauglichkeit war nur am Unfalltag nicht gegeben.

Synkopen sind Aussetzer – hier mit Bögen markiert in der Handschrift des Renaissancekomponisten Claudio Merulo. Bei T. handelte es sich um eine unvorhersehbare kurze Ohnmacht.



Sonst war sie nicht eingeschränkt. Auch der kardiologische Check-up ergab keine Abnormalität. Aus kardiologischer Sicht war die Fahrfähigkeit somit gegeben, wenn innert einer Frist von drei Monaten keine weiteren ähnlichen Vorkommnisse auftraten.

Weil ein Administrativverfahren gegen ihn eröffnet wurde, holte sich T. Rechtshilfe beim VPOD. Der Vertrauensanwalt beantragte beim Strassenverkehrsamt als Sofortmassnahme, dass T. die Fahrberechtigung für die Kategorie G wieder erhalte, damit er, der im Nebenerwerb einen kleinen Bauernhof bewirtschaftete,

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

mit dem Traktor die anstehenden Arbeiten ausführen könne. Ebenso beantragte er die Fahrbewilligung für Kategorie A1, was T. erlaubte, mit dem Motorroller seinen Arbeitsort zu erreichen. Nach ereignislosem Ablauf der von der Schweizerischen Gesellschaft für Kardiologie und der Schweizerischen Gesellschaft für Rechtsmedizin

empfohlenen Wartefrist von 3 Monaten teilte das Strassenverkehrsamt mit, dass T. wieder zum motorisierten Strassenverkehr zugelassen werde. Beim Fahrausweisentzug hatte es sich um «eine sichernde Massnahme im öffentlichen Interesse der Verkehrssicherheit» gehandelt, auf die eine allfällige Einsprache keine aufschiebende Wirkung hatte. Von einem Verschulden in strafrechtlicher Hinsicht war nicht die Rede: Auch wenn T. bei Fahrtbeginn leichte Kopfschmerzen verspürte, musste er nicht damit rechnen, dass eine plötzliche Bewusstseinsstörung auftreten könnte. Dadurch, dass er sofort hatte anhalten wollen, habe er situationsgerecht reagiert, hielt das Amt weiter fest. Die Ohnmacht vorherzusehen oder zu verhindern habe er beim besten Willen nicht vermocht.

Im Interesse der Sicherheit

Für sein künftiges Fahren erhielt T. allerdings Auflagen: Er muss regelmässig zur ärztlichen Kontrolle, die Verordnungen einhalten und die verschriebenen Medikamente einnehmen. Überdies hatte er nach einem Jahr dem Strassenverkehrsamt unaufgefordert ein Zeugnis einer ärztlichen Fachperson für Kardiologie einzureichen, das sich zu seiner Fahrtauglichkeit äusserte.

Bangladesch, Burkina Faso, Pakistan usw.: Kinderarbeit ist weiterhin stark verbreitet

Verbaute Zukunft

Weltweit arbeiten Kinder – auf Kosten ihrer Bildung und ihrer Gesundheit. Nur ein umfassender Ansatz verspricht Erfolg gegen das hartnäckige Übel. Leider geschieht gerade das Gegenteil: Überall werden Mittel gekürzt.

| Text: Serafina Häfeli und Talha Paksoy, Solidar Suisse (Foto: Solidar)



Weltweit – wie hier in einer Trockenfischfabrik im bangalischen Cox's Bazar – arbeiten Millionen Kinder. Sie verpassen dabei jene Bildung, die für ein besseres Leben notwendig wäre.

In Bangladesch arbeiten Kinder viele Stunden in der prallen Sonne, einige von ihnen sind erst 8 Jahre alt. In den Abwrackwerften von Chittagong müssen Kinder gefährliche Arbeiten verrichten, während ihre Väter riesige Schiffe zerlegen. In der Stadt Cox's Bazar entgräten und trocknen Kinder mit vom Salz wunden Händen Fisch. Daneben arbeiten ihre Mütter; viele von ihnen tragen in der Hitze Kleinkinder auf dem Rücken. Auch in Burkina Faso ist Kinderarbeit verbreitet: Gemäss einer Studie des burkinischen Amts für Statistik 2022 arbeiten rund 40 Prozent der Kinder. Ein Drittel tut dies unter gefährlichen Bedingungen, die für Kinder verboten sind: als Hausangestellte, auf Baumwollfeldern, in Goldminen, auf der Strasse.

Klimawandel fördert Kinderarbeit

Trotz des Wirtschaftswachstums bleibt die Ungleichheit in Bangladesch hoch, und der Zusammenbruch der Textilindustrie während Covid zwang Tausende weitere Kinder zu oft gefährlicher Arbeit. Die Zunahme hat aber auch mit dem Klimawandel zu tun: Der steigende Meeresspiegel bedroht die Küsten-

gemeinden, und tausende werden durch extreme Wetterereignisse vertrieben. Kinder, die in ihrer ländlichen Heimatregion zur Schule gingen, durchsuchen jetzt den Müll, nähen Kleider oder arbeiten in der Fischerei und in der Schiffsabwrackindustrie.

Den Teufelskreis durchbrechen

Solidar Suisse setzt sich in diesen und weiteren Ländern für arbeitende Kinder ein. In Burkina Faso schützen wir Kinder, die gefährliche Arbeiten auf Baumwollfeldern verrichten, und unterstützen ihre Familien. Unsere Partnerorganisationen sensibilisieren die Eltern dafür, wie gefährlich es für ihre Kinder ist, wenn sie mit gesundheitschädigenden Chemikalien hantieren. Und sie werden darin geschult, als Alternative zu Chemikalien organischen Kompost oder Dünger herzustellen. «Früher haben meine Kinder ausser dem Versprühen von Pestiziden alle Arbeiten auf dem Feld erledigt. Ich dachte, nur das sei gefährlich», erzählt Baumwollbauer Alassane Diallo. «Nun habe ich gelernt, welche Arbeiten schlecht für Kinder sind, und verschone sie davor.»

Eine Möglichkeit, die Kinder vor gefährlichen Formen von Kinderarbeiten zu schützen, ist, ihnen eine Perspektive zu bieten. Deshalb engagiert sich Solidar Suisse für ihre Reintegration in die Schule. Wir setzen uns in Bangladesch dafür ein, dass Kinder Fabrikhallen und Fischverarbeitungsanlagen gegen Klassenzimmer eintauschen können. Intensive Lernangebote helfen arbeitenden Kindern, den Anschluss an eine reguläre Schule zu finden und ihr Selbstvertrauen wiederherzustellen. Ausserdem schaffen wir alternative Einkommensmöglichkeiten für Kinder wie Erwachsene, mit Ausbildungen, z. B. als Schneiderin oder Handyreparateur. Dank der Einführung von Küchengärten können die Eltern den Bedarf der Familie an Gemüse und Kräutern befriedigen, mit ihrem Einkommen andere Kosten abdecken und die Kinder von gefährlicher Arbeit fernhalten. In Burkina Faso können ältere Kinder und Jugendliche eine Berufsausbildung absolvieren und erhalten Starthilfe, um ein eigenes kleines Unternehmen aufbauen zu können.

Schrumpfende Mittel

Den steigenden Herausforderungen steht jedoch die Kürzung der Mittel für die internationale Zusammenarbeit gegenüber, auch in der Schweiz, die sich im Januar aus Bangladesch zurückgezogen hat. Für echte Fortschritte ist ein umfassender Ansatz unerlässlich: Regierungen müssen Gesetze gegen Kinderarbeit durchsetzen, Unternehmen ethische Praktiken einführen, und die Weltgemeinschaft muss in langfristige Lösungen investieren, die sowohl wirtschaftliche Not bekämpfen als auch die Anpassung an Klimaveränderungen ermöglichen. Wenn wir aber nicht handeln, werden mehr Kinder arbeiten, anstatt dass sie lernen und sich eine bessere Zukunft aufbauen können.

Silvia Burkhalter, Leiterin Betrieb und Technik der Schulanlagen Matte und Kirchenfeld, Bern

Hodler und andere Anspruchsgruppen

Für die letzten Meter vor der Pensionierung hat Silvia Burkhalter, die bisher mit dem Gatten hauswartete, noch die volle Verantwortung geschultert für zwei Schulhauskomplexe. Sie ist in Bern die erste Frau in dieser Funktion.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

Angefangen hat sie ganz traditionell als Assistentin des Ehemanns, der am Berner Kirchenfeld-Schulhaus den Posten innehatte, den man früher «Abwart» nannte. Später kamen noch die Schulhäuser im Matte-Quartier dazu, und die Arbeitsaufteilung war gleichberechtigt. Als der Ehemann der Pensionierung entgegenschwebte, stellte sich für Silvia Burkhalter die Wie-weiter-Frage? Würde sie sich an ein neues «Co» an ihrer Seite gewöhnen? Interessanterweise kam die Anfrage, ob sie sich die Leitung von Betrieb und Technik auch alleine zutraue, von oben. Kurze Überlegung: Ja, sie traut sich. Denn in 25 Jahren hat sie alles gelernt, was es braucht, handwerklich, aber auch für den Umgang mit allergattig Leuten.

Bockige Türen bewegen

Inzwischen ist auch bei einer Leiterin Betrieb und Technik das hauptsächliche Gegenüber ein Computer. Es sei mehr als die Hälfte der Zeit, die sie dort verbringe, sagt Silvia Burkhalter. Auf ihrer Stufe geht es halt oft eher darum, zu schauen, dass etwas gemacht wird, als zwingend selbst Hand anzulegen. Obwohl sie das, wo Not an der Frau ist, weiterhin gerne tut. Auch mit schön angemalten Fingernägeln kann man einen Schraubenzieher oder einen Engländer in die Hand nehmen. Aber natürlich ist es praktisch, wenn sich Schliess- oder Heizungssysteme zentral steuern lassen. Trotzdem kommt's vor, dass die Kollegin doch wieder vor Ort gefragt ist. Zum Beispiel um eine Tür, die partout zubleiben will, zum Einlenken und Aufgehen zu bewegen.

Das Reich der Silvia Burkhalter umfasst zwei Schulhauskomplexe, einen im Kirchenfeld, den anderen in der Matte, wo wir heute zu Besuch sind. Vier Assistenten sowie ein gutes Dutzend Reinigungskräfte gehören zum Team. Aus VPOD-Sicht ist es prima, dass bei

Auch die «Aquarium» genannte Turnhalle gehört ins Reich der Silvia Burkhalter.



der Stadt Bern inzwischen die Stundenlöhnerinnen in dauerhafte Arbeitsverhältnisse überführt wurden – eine nicht ganz einfache Rechenaufgabe. Die Kollegin erinnert sich aber speziell an eine Situation: Als die 60-jährige Witwe mit Wurzeln in Sri Lanka, die sich alleinerziehend als Reinigungskraft durch die Jahrzehnte geschrubbt hatte, ihren ersten Festvertrag unterschrieb, wogten die Emotionen hoch.

Will man von einer Idylle sprechen oder von einer «geschützten Werkstatt», wie es Silvia Burkhalter im Scherz tut? Die Arbeitsbedingungen bei der Stadt Bern sind vergleichsweise anständig. In der Matte, den tief unten an der Aare liegenden Häuserzeilen, kommt ein spezifischer Charme dazu, auch wenn der Charakter als Unterschichtsviertel verloren ging. Trotz Gentrifizierung spüre man aber bei den «Mättern» noch immer ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl, das nicht zuletzt aus der Bedrohung durch Hochwasser erwächst. Am wildesten brauste die Aare 2005; damals lief auch der Schulhauskeller voll, und in einigen Gassen stand das Wasser hüfthoch. Die neue Turnhalle wird seit jenen Tagen

«Aquarium» genannt. Heute müsste man – Holz anfassen! – gegen die Naturgewalt etwas besser gewappnet sein: dank verbesserter Hochwasserregulierung und weil ein Kran parat steht, der das grösste Geschiebe aus der Aare zupft.

Schule der Versöhnung

Apropos Holz: Dass das Matte-Schulhaus (berühmtester Schüler: Ferdinand Hodler) alt, aber frisch renoviert ist, kann man nicht nur an der Tafelung und der Bemalung sehen und fühlen. Es ist hohe Schule, wie hier die Ansprüche der Denkmalpflege, der Barrierefreiheit und des täglichen Betriebs miteinander versöhnt wurden. Jetzt serviert uns die Kollegin in ihrem kleinen Büro Kaffee: Gelegenheit, mit Aussicht auf den Mattelift und den Münsterturm die Vielseitigkeit ihres Berufs zu rühmen. Unterschiedlichste Anspruchsgruppen treffen in so einer Quartierprimarschule aufeinander – zu allen Tages- und Nachtzeiten. Nutzungskonflikte sind zwangsläufig. Meist findet sich eine Lösung unterm Motto «Leben und leben lassen». Unaufgeregte und geerdete Persönlichkeiten wie Silvia Burkhalter tragen dazu bei.



HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI



Für Ihren Aufenthalt in Hotel oder Bungalow
20% VPOD-Rabatt (jederzeit gültig)



Hotel Ristorante iGrappoli • 6997 Sessa • Tel. 091 608 11 87
info@grappoli.ch • www.grappoli.ch

Frühlingsangebot

gültig bis 30. Juni 2025

Pauschal pro Person in

Doppelzimmer Standard zum Preis von CHF 375.-

Doppelzimmer Superior zum Preis von CHF 405.-

Der Preis beinhaltet:

3 Übernachtungen in Doppelzimmer

3 Frühstücksbuffet

1 „Gourmetmenu“ (Vier-Gänge-Abendessen)

2 Drei-Gänge-Abendessen

1 Flasche Merlot (pro Doppelzimmer)

• W-LAN

• freie Parkplätze

Angebot auf Anfrage und nach Verfügbarkeit



AZB
8036 Zürich, Postfach

VPOD Bildungspolitik Nr. 239 ist soeben erschienen



Die neue Ausgabe 239 der VPOD Bildungspolitik thematisiert Fragen von Bildungsgerechtigkeit, guten Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich sowie ihrer Durchsetzbarkeit.

VPOD Bildungspolitik

Seit über 45 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der Bildungspolitik.

Ein Jahresabonnement umfasst 4 Ausgaben und kostet 50 Franken.

Kontakt und weitere Informationen unter:

redaktion@vpod-bildungspolitik.ch

www.vpod-bildungspolitik.ch

VPOD Bildungspolitik, Postfach 8279, 8036 Zürich

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretärin: Natascha Wey

Redaktion: Christoph Schlatter | slt

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 8-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 17 500 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

